

Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Biberach



Stand: 30.09.2008

1. Ausgangssituation

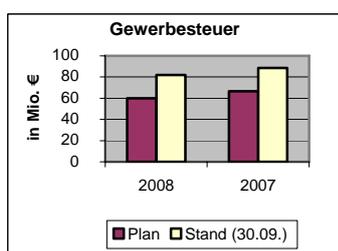
Die vom Gemeinderat am 20.12.2007 beschlossene Haushaltssatzung 2008 wurde am 23.01.2008 vom Regierungspräsidium Tübingen genehmigt und am 04.02.2008 öffentlich bekannt gemacht.

In regelmäßigen Abständen wird der Gemeinderat über die aktuelle Haushaltssituation in Form eines Berichts informiert.

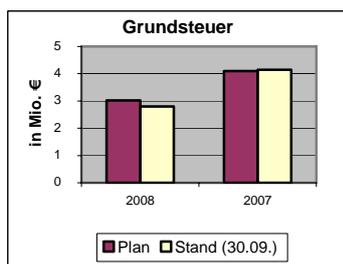
2. Wesentliche Planabweichungen

2.1 Verwaltungshaushalt

2.1.1 Einnahmen

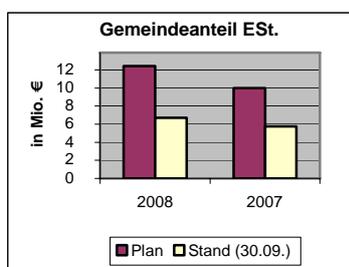


Wie sich bereits im ersten Halbjahr abzeichnete, übersteigen die Einnahmen bei der **Gewerbsteuer** den Haushaltsansatz bei weitem. Das Gewerbesteueraufkommen liegt derzeit rund 22,00 Mio. € über dem Planansatz von 60,00 Mio. €. Nach Abzug der zu erwartenden Gewerbesteuerumlage von 16,14 Mio. € ergibt sich ein Netto-Aufkommen von 65,86 Mio. €.

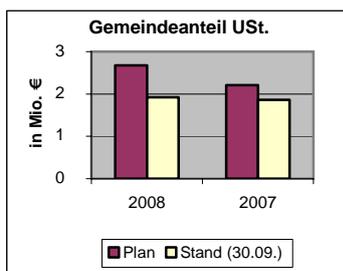


Die Jahresveranlagungen bei der **Grundsteuer A** sind planmäßig. Die **Grundsteuer B** liegt um rd. 217.000 € hinter den Erwartungen zurück. Dies ist vor allem auf mehr Erlassanträge infolge der aktuellen Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs zurückzuführen, der anders als früher, auch bei strukturellen Leerständen einen Grundsteuererlass wegen Ertragsminderung zulässt.

Die übrigen Steuereinnahmen (Hundesteuer) verlaufen weitgehend planmäßig. Lediglich bei der **Vergnügungssteuer** ist mit Mehreinnahmen zu rechnen, weil die Besteuerung bei manchen Spielgeräten rechtlich noch immer umstritten ist und der Planansatz daher und auch im Hinblick auf eine bevorstehende Satzungsänderung für das Jahr 2008 bewusst vorsichtig kalkuliert wurde. Daran ändern auch die rückwirkend beschlossenen Entlastungen und die Steuerbefreiung anlässlich des Schützenfestes nicht viel. Derzeit belaufen sich die Mehreinnahmen auf ca. 160.000 €.



Die Mai-Steuerschätzung hat eine Anhebung des **Gemeindeanteils an der Einkommensteuer** gebracht. Das Land geht nunmehr von einem Aufkommen von 4,35 Mrd. € aus. Bei der Haushaltsplanung 2008 hat die Stadt 4,10 Mrd. € zugrunde gelegt. Dies hat Mehreinnahmen von rund 760.000 € zur Folge. Die November-Steuerschätzung wird zeigen, ob der derzeitige Wert sogar noch übertroffen werden kann.



Beim **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer** rechnen wir aufgrund der Mai-Steuerschätzung mit Wenigereinnahmen von rund 110.000 €. Die voraussichtlichen Wenigereinnahmen beim **Familienleistungsausgleich** werden durch Mehreinnahmen bei den **Schlüsselzuweisungen** kompensiert. Die **Sonstigen Zuwendungen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG)** verlaufen plangemäß.

Die **Gebühren und Entgelte** liegen größtenteils im Plan. Lediglich bei den Parkgebühren kann mit leichten Mehreinnahmen gerechnet werden.

Die Einnahmen aus **Mieten** verlaufen plangemäß. Die Verwaltung der städtischen Wohngebäude ist seit dem 01.01.2006 auf den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Biberach übergegangen. Durch die spätere Ausführung des Gewerbegebiets Flugplatz können bei den **Pachteinnahmen** ca. 25.000 € an Mehreinnahmen verzeichnet werden. Auch bei den sonstigen Ersätzen kann von höheren Einnahmen ausgegangen werden.

Bei den **Zuschüssen des Landkreises** für den Öffentlichen Personennahverkehr kommt es zu Wenigereinnahmen in Höhe von ca. 94.000 € aufgrund der Rückerstattung für das Jahr 2007.

Der geringe Bewirtschaftungsstand bei den **Inneren Verrechnungen** gleicht sich durch entsprechend niedrige Ausgaben wieder aus.

Die Abschlagszahlungen bei den **Sachkostenbeiträgen** der Schulen erfolgen nach den aktuellen Schülerzahlen. Die Pro-Kopf-Beträge für das Jahr 2008 sind mit Ausnahme der Grundschulförderklasse bei allen Schularten höher als geplant; dennoch sind keine nennenswerten Mehreinnahmen zu erwarten, weil diese über die rückläufigen Schülerzahlen fast kompensiert werden.

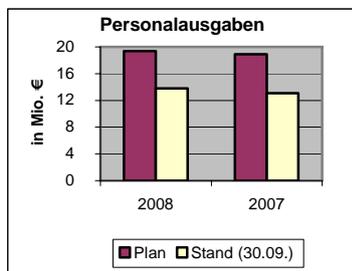
Aufgrund der positiven Einnahmeentwicklung wird bei den **Zinsen aus Geldanlagen** gegenüber der Planung derzeit ein Plus von etwa 1,4 Mio. € erwartet. Dabei sind mögliche negative Entwicklungen aus der aktuellen Finanzmarktkrise nicht berücksichtigt, weil wir derzeit davon ausgehen, dass im schlimmsten Fall unsere Einlagen einschließlich der Zinsen über den Einlagensicherungsfonds abgedeckt sind. Die Erträge aus den Geldanlagen der Rückstellungen werden diesen direkt zugeschlagen, weil bei der Bildung der Rückstellungen auch eine entsprechende Verzinsung unterstellt wurde.

Im Bereich **Konzessionsabgaben** liegen die laufenden Abschlagszahlungen aufgrund von Mehreinnahmen beim Strom leicht über der Planung. Dies wird jedoch durch die rückläufige Konzessionsabgabe beim Gas wieder neutralisiert.

Wie bereits im letzten Bericht erläutert sind bei den weiteren Finanzeinnahmen im Bereich der **Bußgelder** aufgrund von vorübergehend unbesetzten Stellen im Ordnungsamt Wenigereinnahmen von rund 60.000 € zu erwarten. Außerdem liegen die Einnahmen aus der **Vollverzinsung** der Gewerbesteuer derzeit um rund 154.000 € unter dem Planansatz. Gleichzeitig liegen die Erstattungszinsen mit rund 137.000 € über der Planung und führen somit zu Mehrausgaben.

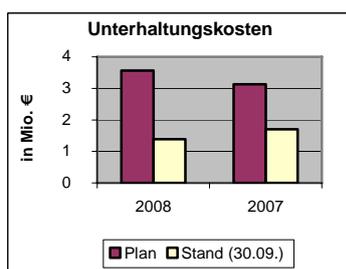
Die **kalkulatorischen Einnahmen** werden erst zum Jahresende verbucht. Diesen Einnahmen stehen dann in den verschiedenen Unterabschnitten Ausgaben in gleicher Höhe in Form von Abschreibungen und Verzinsung gegenüber.

2.1.2 Ausgaben



Bei den **Personalausgaben** geht das Hauptamt auf der Basis der Hochrechnung vom August davon aus, dass die Planung aufgrund des deutlich höheren Tarifabschlusses um rund 100.000 € überschritten wird und somit auch die geplante Minderausgabe für die Personalkosten in Höhe von 150.000 € nicht erreicht werden kann. Im Ergebnis führt das zu einer höheren Belastung von insgesamt 250.000 €.

Seit dem Jahr 2005 bildet die Stadt Biberach im Vorgriff auf das neue Haushaltsrecht Rückstellungen für Altersteilzeit und seit 2006 auch für Beihilfe- und Pensionslasten. In den Planansätzen für 2008 sind sowohl die Rückstellungen für Altersteilzeit als auch die Pensions- und Beihilferückstellungen berücksichtigt, allerdings liegen für das Jahr 2008 noch keine Hochrechnungen über die Höhe der notwendigen Zuführungen oder Auflösungen vor. Diese Zahlen werden erst am Jahresende vom Kommunalen Versorgungsverband ermittelt.



Die Umsetzung der für die **Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen** geplanten Maßnahmen verläuft weitgehend planmäßig. Derzeit sind 38,85 % bewirtschaftet (Vorjahr: 54,28 %).

Die **Bewirtschaftungskosten** haben einen Stand von 72,42 % (Vorjahr: 73,01 %) des Planansatzes erreicht. Nach Auskunft des Amtes für Gebäudemanagement werden die Bewirtschaftungskosten mit Ausnahme der Heizkosten im Rahmen der Planung liegen. Bei den Heizkosten ist mit Mehrausgaben von ca. 30.000 € zu rechnen, da die eingeplante Preissteigerung für Gas von 8 % für das Jahr 2008 nicht ausreichen wird. Dagegen stehen allerdings geringere Aufwendungen für die neue Heizungsanlage bei den Gymnasien.

Die **Verwaltungs- und Betriebsausgaben** sind bisher mit 42,38 % (Vorjahr: 39,20 %) bewirtschaftet. Nachdem die Endabrechnung des Straßenentwässerungskostenanteils für 2007 erst nach Fertigstellung des Jahresabschlusses 2007 erfolgt ist, belastet die Schlusszahlung für 2007 das aktuelle Haushaltsjahr mit rund 183.000 € zusätzlich. Insgesamt gesehen werden aufgrund der Erfahrungen der Vorjahre bei den Verwaltungs- und Betriebsausgaben bis zum Jahresende noch Einsparungen möglich sein.

Der vorsorglich eingestellte Haushaltsansatz für mögliche **Ausgabeaufschläge** beim Kauf von Wertpapieren wurde bisher nicht benötigt. Hier rechnen wir mit Einsparungen von 95.000 €.

Bedingt durch die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer zeichnen sich für die **Gewerbesteuerumlage** Mehrausgaben von 4,32 Mio. € ab. Dagegen kann bei der **Kreisumlage** von einem plangemäßen Verlauf ausgegangen werden.

Aufgrund einer Rückerstattung aus dem Jahr 2007 sind bei der **Finanzausgleichsumlage** an das Land 27.000 € Wenigerausgaben zu erwarten.

Im Verwaltungshaushalt wurden insgesamt 509.349 € (Vorjahr: 187.801 €) an **über- und außerplanmäßigen Ausgaben** bewilligt. Die haushaltmäßige Deckung der Mehrausgaben wurde in jedem Einzelfall nachgewiesen. Den größten Anteil macht dabei der platzbezogene Zuschuss der Wohnsitzgemeinden an den Hospital in Höhe von 271.510 € aus.

2.1.3 Entwicklung des Kulturbudgets

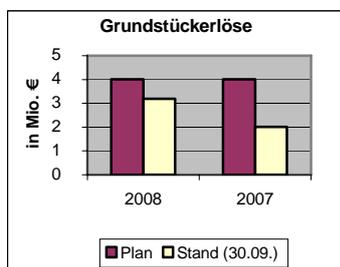
Im Bereich des **Kulturbudgets** sind die Mittel auf der Einnahmenseite zu 69,28 % (Vorjahr: 76,07 %) und auf der Ausgabenseite zu 74,61 % (Vorjahr 69,08 %) bewirtschaftet. Aus dem Jahr 2007 konnten Mittel in Höhe von 289.594,95 € übertragen werden (Vorjahr: 339.146,42 €). Der Stand der Bewirtschaftung beim Kulturbudget liegt daher im Rahmen der Planung.

Das Kulturdezernat hat zugesagt, im Rahmen eines Berichtswesens die Leistungen der Kultur und den Ressourcenverbrauch einmal pro Jahr darzustellen. Daher wird an dieser Stelle auf detaillierte Erläuterungen verzichtet.

2.2 Vermögenshaushalt

2.2.1 Einnahmen

Der Vermögenshaushalt verläuft auf der Einnahmenseite, abgesehen von den nachfolgend dargestellten Veränderungen, weitgehend planmäßig.



Die Einnahmen aus **Grundstücksverkäufen** sind momentan zu 77,99 % des Haushaltsansatzes (Vorjahr: 55,42 %) bewirtschaftet. Nach Auskunft des Liegenschaftsamtes wird der Planansatz zum Jahresende wohl erreicht werden können.

Bei den **Erschließungsbeiträgen** wurde bereits ein Bewirtschaftungsstand von 153,37 % (Vorjahr: 90,36 %) erreicht. Auch bei den **Kostenerstattungen für Ausgleichsmaßnahmen** sind bereits 167,26 % (Vorjahr: 133 %) des Planansatzes eingegangen. Im wesentlichen handelt es sich hierbei um nicht geplante private Grundstücksveräußerungen, die eine Erschließungsbeitragspflicht nach sich zogen und die Abwicklung von Altfällen. Dagegen liegen die **Ablösebeiträge** für Kfz-Stellplätze im Moment nur bei 12,50 %.

Die **Zuschüsse** vom Land für Schulbaumaßnahmen hinken den Ausgaben - wie bereits im Vorjahr - hinterher. Die eingeplanten Landeszuschüsse für den Klassentrakt beim Wieland-Gymnasium sowie für die Sanierung der Pflugschule sind noch nicht bewilligt. Hier zeichnet sich ab, dass die Maßnahmen erneut vorfinanziert

werden müssen. Bei den Schulen stehen derzeit insgesamt noch 5,4 Mio. € an Zuweisungen aus.

Beim Zuschuss des Landes für die Sanierung Östliche Innenstadt sind rund 544.000 € eingegangen; somit stehen hier noch 754.000 € aus. Das zuständige Bauverwaltungsamt rechnet damit, dass die restlichen Mittel noch eingehen.

2.2.2 Ausgaben

Auf der Ausgabenseite zeichnen sich bisher keine erheblichen Abweichungen gegenüber den Planzahlen ab.

Beim **Grunderwerb** sind aktuell 31,44 % bewirtschaftet. Nach Aussage des Liegenschaftsamtes ist die Planung 2008 so bemessen, dass die erforderlichen Grundstückskäufe noch bis Jahresende getätigt werden.

Neben den normalen Erhöhungen für den ÖPNV wurden für die geplante **Eigenkapitalerhöhung** bei den Stadtwerke bisher 6,03 Mio. € (Neubau Hallenbad, Sanierung TG Stadthalle) ausgegeben. Die endgültige Höhe der Eigenkapitalerhöhung ist abhängig von der finanziellen Entwicklung der Stadtwerke einerseits und den Baukosten für die geplanten Vorhaben andererseits. Die bereitgestellten Mittel sollen aber bis Jahresende abgerufen werden.

Bei den **Baumaßnahmen** wurde für den Ausbau der Wolfgangstraße vom Bauausschuss 90.000 € außerplanmäßig bewilligt (Dr. Nr. 122/2008).

Für die Stellplatzanlage Zeppelinring/Neherstraße wurden 50.000 € überplanmäßig bereitgestellt (Dr. Nr. 91/2008). Durch die Bewirtschaftung des Parkplatzes fließen die Einnahmen zeitversetzt wieder an die Stadt zurück.

Bei der Baumaßnahme Radweg Saulgauer Straße wurde eine formelle Unterdeckung in Höhe von 200.000 Euro durch eine Abschlagszahlung des Landes gedeckt (Dr. Nr. 80/2008).

Die Sanierung der Brücke über den Wolfentalbach mit Kosten von rund 120.000 € wird dem Regierungspräsidium Tübingen durch die Stadt Biberach vorfinanziert, was zu einer außerplanmäßigen Ausgabe führt (Dr. Nr. 135/2008).

Für den Ausbau der Gemeindeverbindungsstraße Winterreute - Hagenbuch wurden 390.000 € überplanmäßig zur Verfügung gestellt (Dr. Nr. 161/2008).

Für die restlichen im Jahr 2008 anstehenden Baumaßnahmen sind die Planansätze nach aktuellem Kenntnisstand insgesamt jedoch ausreichend bemessen.

Nach dem derzeitigen Stand sind im Vermögenshaushalt bisher 1.088.078 € (Vorjahr: 436.961 €) **über- und außerplanmäßig** bewilligt worden. Davon entfallen 880.000 € auf die oben beschriebenen Maßnahmen. Die haushaltsmäßigen Deckungen waren jeweils nachgewiesen.

3. Kassenliquidität

Die Liquidität der Stadtkasse ist gut. Die derzeit nicht benötigten Mittel konnten in Geldanlagen angelegt werden.

4. Zusammenfassung, Ergebnis

Die anhaltend positive Entwicklung bei der Gewerbesteuer in Biberrach führt dazu, dass Mehrausgaben in verschiedenen Bereichen kompensiert werden können und darüber hinaus die geplante umgekehrte Zuführung vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt nicht notwendig werden wird. Vielmehr kann aus heutiger Sicht der Verwaltungshaushalt - trotz der hohen Umlagebelastungen - eine normale Zuführung an den Vermögenshaushalt erwirtschaften in der Größenordnung zwischen 3 - 6 Mio. €.

Im Vermögenshaushalt gehen wir davon aus, dass Zuschussausfälle durch geringere Bauausgaben und über die Zuführung vom Verwaltungshaushalt ausgeglichen werden können. Im Übrigen hoffen wir, nachdem keine negativen Tendenzen erkennbar sind, auf einen weitgehend planmäßigen Verlauf, so dass die geplante Rücklagenentnahme von 28,46 Mio. € auf 12 - 15 Mio. € reduziert werden kann.

Aufgrund der aktuellen Situation jedoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass im 4. Quartal noch negative Korrekturen erfolgen könnten.

5. Änderungen für die mittelfristige Finanzplanung

Von den Ämtern wurden uns, abgesehen von den bereits dargestellten Maßnahmen, bislang keine wesentlichen Änderungen zur mittelfristigen Finanzplanung mitgeteilt.

Insgesamt betrachtet ist mit nachhaltig höheren Kosten für den Ausbau der Kleinkindbetreuung und die Qualitätssteigerungen im Kindergartenbereich zu rechnen. Hinzu kommen zusätzliche Kosten für den weiteren Ausbau der Ganztagesangebote an verschiedenen Schulen.

Weiterhin ungewiss bleibt die Entwicklung auf dem Energiemarkt und die damit verbundenen Preiserhöhungen, insbesondere für Gas. Hier sind wir von den Entwicklungen am Weltmarkt abhängig.

Außerdem führt der Tarifabschluss aus dem Frühjahr 2008 auch im Jahr 2009 nochmals zu einer Entgelterhöhung bei den Beschäftigten und somit zu einer deutlichen Erhöhung der Personalkosten.

Ein Kraftakt wird der geplante Neubau der Dollinger Realschule mit Sporthalle und der damit verbundenen teilweisen Verlagerung der Sportmeile. Diese Maßnahme wird neben den finanziellen auch die personellen Ressourcen in den nächsten Jahren zusätzlich stark beanspruchen. Eine endgültige Entscheidung soll noch in diesem Jahr getroffen werden.

Unklar ist immer noch, wie sich die zum 01.01.2008 beschlossene Unternehmensteuerreform in den Folgejahren auswirken wird. Die aktuelle Einschätzung der Unternehmen geht von einem deutlicheren Rückgang aus, als bisher angenommen, weil die Gegenfinanzierungsmaßnahmen wohl nicht im geplanten Umfang greifen.

Hinzu kommt eine deutlichere Abschwächung der Konjunktur für das Jahr 2009, unter anderem aufgrund der Inflationsrate, der steigenden Energiepreise, der allgemeinen Preissteigerungen und der noch nicht absehbaren Auswirkungen der Finanzmarktkrise. Dennoch geht die Verwaltung von einem hohen Gewerbesteueraufkommen auch für 2009 aus, nicht zuletzt wegen nochmaliger Effekte aus den Vorjahren.

Leonhardt